



Nord Korea: Neue Befürchtungen

Anlässlich der Diskussion zur Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Korea (Nordkorea) durch die UNO-Menschenrechtskommission stellt Amnesty International heute fest:

Wir befürchten in dem Land weitgehende und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen sowie das Fehlen effektiver Maßnahmen zur Verringerung der weitverbreitete Unterernährung in der Bevölkerung.

Zu Amnesty Internationals seit langem bestehende Befürchtungen zu Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea gehören vor allem der Gebrauch von Folter und Todesstrafe. Dazu kommen willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen, unmenschliche Haftbedingungen und die fast totale Unterdrückung fundamentaler Freiheiten, einschließlich der Meinungsfreiheit und der Reisefreiheit.

Diese Probleme sind seit langem bekannt. In den letzten Jahren stehen jedoch viele dieser Menschenrechtsverletzungen in direkter oder indirekter Verbindung zur Hungersnot und dem akuten Nahrungsmittelmangel, von denen das Land seit Mitte 1990 betroffen ist.

Diese Probleme führten zu einer weitverbreiteten Unterernährung in der Bevölkerung und zum Herumwandern Tausender nahrungssuchender Menschen - einige bis über die chinesische Grenze. Viele von ihnen wurden im Ergebnis ihrer überlebenswichtigen Nahrungssuche Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

In diesem Zusammenhang ist Amnesty International überzeugt, dass die angemessene Verteilung von Nahrungsmitteln ohne Diskriminierung eines der wichtigsten Hauptanliegen ist. Die nordkoreanische Regierung muß sich dringend darum kümmern, in Übereinstimmung mit seinen internationalen Pflichten und mit angemessener Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Die Regierung muss auch weitere Maßnahmen ergreifen, um andere schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, wie Folter und willkürlichen Hinrichtungen, ein Ende zu setzen.

Freiheit von Hunger und Unterernährung

Nordkorea ist weiterhin von internationaler Hilfe abhängig um seine Bevölkerung zu ernähren, aber viele Leute in dem Land leiden unter Hunger und Unterernährung. Nach einer Studie der Food and Agriculture-Organisation, die im letzten Jahr veröffentlicht wurde, litten 13 Millionen Menschen (die Hälfte der Bevölkerung) an Unterernährung.

Hilfsorganisationen schätzen, dass seit der Mitte der 90er Jahre aufgrund der akuten Nahrungsmittelknappheit bis zu zwei Millionen Menschen starben. Diese Krise wurde durch Naturkatastrophen und falsches wirtschaftliches Management hervorgerufen.

Mehrere Millionen Kinder leiden unter chronischer Mangelernährung, die ihrer physischen und geistigen Entwicklung beeinträchtigt. Viele Menschen auf dem Land erhalten wegen des Mangels an medizinischem Fachpersonal und Medikamenten keine angemessene medizinische Versorgung.

Freiheit von Hunger und Unterernährung ist eines der fundamentalsten Menschenrechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt wurde. Das Recht auf Nahrung ist in der Internationalen Konvention der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte garantiert, der auch Nordkorea angehört.

Die Bereitstellung von Nahrungsmitteln, wo humanitäre Hilfe benötigt wird, ist sowohl eine gemeinsame als auch eine individuelle Verantwortung. Das Expertenkomitee, das die Einhaltung der Konvention überprüft, setzte fest, dass alle Mitgliedsstaaten, individuell oder durch internationale Kooperation, „die Verpflichtung haben die adäquate Verteilung der weltweit existierenden Nahrungsmittelvorräte je nach Bedarf zu gewährleisten.“

Nordkorea muss sicherstellen, dass die internationalen Nahrungsmittelhilfen und andere Nahrungsvorräte gerecht an die Bevölkerung verteilt werden, ohne dass es zu Diskriminierungen kommt. Benötigt die Bevölkerung Nahrungsmittelvorräte, welche nicht bereitgestellt werden können, so muss die Regierung auswärtige Hilfe suchen. Sie muß davon absehen, Nahrung als ein Verhandlungsinstrument zu benutzen.

Staaten deren Hilfe möglich ist, müssen diese Nahrungsmittel zur Verfügung stellen, ohne sie an spezielle politische Zielsetzungen zu knüpfen. Nahrung sollte nie als ein Instrument des politischen oder wirtschaftlichen Drucks mißbraucht werden. Es darf keine Nahrungsmittel-embargos geben.

Einschränkung des Zugangs zum Land

Es gibt wenig detaillierte Informationen über das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea aufgrund der Beschränkungen des Zugangs für unabhängige Menschenrechtsbeobachter in das Land. Informationen über und Zugang in das Land bleiben streng kontrolliert, was die Beobachtung der Menschenrechtssituation vor Ort stark behindert. Trotz allem lässt sich aus Berichten von verschiedenen Quellen auf ein Muster schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen schließen. Einige beschreiben wir hier.

Öffentliche Hinrichtungen

Amnesty International erhielt Berichte über öffentliche Hinrichtungen. Sie werden an Orten ausgeführt, an denen sich große Menschenmengen versammeln müssen, nachdem Schulen, Firmen oder die Dorfbevölkerung zuvor Nachricht erhalten haben. Einige Gefangene wurden anscheinend vor ihren Familien hingerichtet. Hinrichtungen erfolgen durch Erhängen oder Erschießen.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung

Opposition jeglicher Art wird nicht toleriert. Berichten zufolge wird jede Person, die eine Meinung äußert, die im Gegensatz zur Position der herrschenden Partei steht, auf härteste Weise bestraft. In den meisten Fällen betrifft das auch ihre Familien. Die nationalen Nachrichtenmedien werden stark zensiert und der Zugang zu internationalen Medien ist beschränkt.

Unerlaubte Versammlungen und Vereinigungen jeder Art werden als eine „kollektive Störung“ betrachtet, die strafbar ist. Religionsfreiheit, die in der Verfassung theoretisch gewährleistet ist, wird in der Praxis aufs schärfste beschnitten. Es gibt Berichte von starker Unterdrückung von Menschen, die öffentliche oder private religiösen Aktivitäten entwickelt haben. Sie werden inhaftiert, gefoltert oder hingerichtet. Viele Christen werden vermutlich in Arbeitslagern festgehalten.

Folter und Misshandlungen

Berichte aus vielfältigen Quellen zufolge ist Folter und Misshandlungen in Gefängnissen und Arbeitslagern stark verbreitet. In Haftzentren werden Nordkoreaner, die gewaltsam aus China abgeschoben wurden, für Verhöre festgehalten, bevor sie zu anderen Orten gebracht werden.

Die Haftbedingungen in den Gefängnissen und Arbeitslagern sind extrem hart. Berichten zufolge müssen Gefangene vom frühen Morgen bis in die späte Nacht in Farmen oder Fabriken arbeiten, und die kleinsten Regelverletzungen werden mit schweren Mißhandlungen bestraft. Nach einigen Berichten sterben inzwischen mehr Häftlinge durch den Nahrungsmittelmangel und die harten Bedingungen sowie durch das Fehlen medizinischer Hilfe, als durch die Folter oder Misshandlungen.

Abgeschobene Asylbewerber

Viele Nordkoreaner überqueren weiterhin die Grenze nach China. Einige von ihnen beantragten Asyl auf dem Gelände ausländischer Botschaften oder ausländischen Schulen in China. Sie durften das Land nach Südkorea über ein Drittland verlassen. Hunderte andere wurden jedoch, Berichten zufolge, in Nordost-China festgenommen und gewaltsam nach Nordkorea zurückgebracht.

Jene, die gewaltsam abgeschoben wurden, werden in Vernehmungszentren oder in Polizeistationen festgehalten, die von den nordkoreanischen Geheimdiensten eingerichtet wurden. Sie werden danach, je nachdem wer sie sind und was bei den Vernehmungen herauskam, zurück in ihre Heimatprovinzen oder bis zu sechs Monate in Arbeitslager geschickt. Gegen einige werden hohe Haftstrafen mit Zwangsarbeit verhängt, speziell gegen hohe Funktionäre oder Armeeangehörige sowie bei Abgeschobenen, bei denen religiöse Schriften gefunden wurden. In einigen Fällen werden sie auch hingerichtet.

Jene, die in ihre Heimatprovinzen zurückgeschickt werden, werden gesellschaftlich geächtet und sind Überwachungen ausgesetzt. Die meisten versuchen die Flucht erneut. Einige derer, die schon mehrere Male geflohen sind und zurückgeschickt wurden, werden Berichten zufolge nach jedem neuen erfolglosen Fluchtversuch immer härteren Strafen ausgesetzt.

Empfehlungen

Amnesty International hat die nordkoreanische Regierung wiederholt aufgefordert, Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in ihrem Land zu ergreifen. Unter anderem sind das folgende Forderungen:

- Das Recht auf Freiheit von Hunger und Mangelernährung für jedem nordkoreanischen Bürger, ohne Diskriminierung, muß gewährleistet werden in Übereinstimmung mit den Prinzipien der internationalen Menschenrechtsverträge, die von Nordkorea ratifiziert wurden. Das sind der Internationale Pakt über Bürgerliche und Zivile Rechte sowie der internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Diese Prinzipien müssen weiterhin in der nationalen Gesetzgebungen verankert werden.
- Die Todesstrafe ist abzuschaffen.
- Alle Menschen sind freizulassen, die allein aufgrund der friedlichen Wahrnehmung ihrer fundamentalen Menschenrechte festgehalten werden oder inhaftiert wurden.
- Die Meinungsfreiheit und Reisefreiheit aller nordkoreanischen Bürger ist zu gewährleisten.
- Die existierende Gesetzgebung ist zu überprüfen, um sicherzustellen, daß die nationalen Gesetze mit den internationalen Menschenrechtsstandards übereinstimmen. Den Bürgern sind Sicherheiten zu ihrem Schutz zu gewähren, um sich gegen Menschenrechtsverletzungen wehren zu können.
- Die UNO-Menschenrechtsgremien sind einzuladen, Nordkorea zu besuchen. Ein freier Zugang zum Land für unabhängige Menschenrechtsbeobachter ist zu gewährleisten.

ai Public Document

Übersetzung: Korea-Kogruppe 2225 der deutschen ai-Sektion, Mai 2003.
(Heidi Stöckl, Roland Braukmann) Verbindlich ist der englische Originaltext.
Kontakt: Koreakogruppe @ web.de | www.amnesty-muenchen.de/korea